

LINKE UCKERMARK

Zeitung des Kreisverbandes DIE LINKE Uckermark

www.dielinke-uckermark.de



Jüngster ubs-Erfolg: Die Erinnerung an Tamara Danz. Für die Stabilität des Schwedter Theaters sorgte der Beschluss, die Förderung aufzustocken.

Rückblick: Die Legislatur der Stabilisierung

Die Linken haben im Kreistag Uckermark in der aktuellen Wahlperiode auf die Zusammenarbeit mit der SPD gesetzt. Mit der Landratswahl ändert sich das nicht.

„Wir haben gemeinsam mit den Sozialdemokraten wichtige linke Projekte, die uns am Herzen lagen, durchsetzen können“, erinnert der Fraktionsvorsitzende Gerhard Rohne an die zurückliegenden Jahre nach der Kreistagswahl von 2014. „Die verlässliche Zusammenarbeit, auf die wir uns damals mit der SPD, die ja auch den Landrat stellte, einigten, hat unter einigen unserer Fraktionsmitglieder ein Umdenken erfordert. Denn in den Jahren zuvor war die SPD eine Art Koalition mit der CDU eingegangen. Rück-

blickend zeigt sich aber, dass diese verlässliche Zusammenarbeit erfolgreich war“, bekräftigt der Fraktionsvorsitzende.

Auf der Haben-Seite verbuchen die Linken danach eine deutliche Ausweitung der Kulturförderung, die sie in den letzten Jahren gemeinsam mit der SPD durchsetzten. So wurden die Förderungen für die Uckermärkischen Bühnen Schwedt (ubs) und die Uckermärkische Kulturagentur mit dem Preußischen Kammerorchester dynamisiert. Das heißt, es gibt einen jährlichen Aufwuchs, um Lohn- und Kostensteigerungen bei den jeweiligen Einrichtungen zumindest teilweise auszugleichen. Erstmals seit der damalige Landrat Clemens Schmitz sich aus der institutionellen Förderung des Templiner Multikul-

turellen Centrums Templin (MKC) zurückgezogen hatte, kann sich nun auch die Templiner Kultureinrichtung über eine dauerhafte Förderung durch den Landkreis und durch das

Land freuen. Zudem konnten die Honorare der Kreismusikschule angehoben werden, auch gibt es eine Förderung der Angermünder Musikschule.

Gleichzeitig konnte der Landkreis die Kommunen durch die Senkung der Kreisumlage entlastet werden. Auch das verbuchen die Linken als einen Erfolg ihrer Politik und der Zusammenarbeit mit der SPD.

Zu diesen Erfolgen gehört aber auch die Wahrheit, dass es dem Landkreis seit dem Amtsantritt des damaligen Landrates Dietmar Schulze im Jahr 2010 gelungen war, seine Finanzen zu konsolidieren und die Schulden

abzubauen. Ein gutes wirtschaftliches Umfeld, sinkende Sozialausgaben – obwohl die Uckermark nach wie vor zu den Landkreisen mit den größten Soziallasten und der höchsten Arbeitslosigkeit gehört – erleichterten den Schuldenabbau.

Unter anderem aus diesen Gründen wollen die Linken an der verlässlichen Zusammenarbeit mit der SPD festhalten, „was aber nicht heißt, dass wir mit den anderen Parteien nicht zusammenarbeiten wollen. Beispielsweise haben wir der neuen Landrätin Karina Dörk, als sie unsere Fraktion besuchte, eine sachliche Zusammenarbeit angeboten, was sie auch begrüßt hatte“, sagt Gerhard Rohne. Ohnehin seien die politischen Themen, die die neue Landrätin auf ihre Agenda gesetzt habe, die gleichen, die auch vorher galten: Vorantreiben der Digitalisierung, Abbau der Arbeitslosigkeit, Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs. „Thematisch sind wir da dicht beieinander“, so Rohne.

**„Die Themen
bleiben die
gleichen“**



Traumhafte uckermärkische Landschaft. Die Linken setzen sich im Kreistag Uckermark für eine gedeihliche Entwicklung ihrer Heimatregion ein.

„Wir stehen für sachliche Zusammenarbeit“

Im kommenden Jahr wird ein neuer Kreistag gewählt. Anlass für uns, in der Fraktionsspitze Rückschau zu halten und einen Ausblick zu wagen, wie die erfolgreiche Arbeit im Kreistag in der nächsten Wahlperiode fortgesetzt werden kann.

Sie haben nach der letzten Kreistagswahl eine Kursänderung durchgesetzt: Annäherung an die SPD und Vereinbarung einer sogenannten verlässlichen Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Warum?

Gerhard Rohne: Was wäre die Alternative gewesen? Bei jedem Beschluss im Kreistag mit unsicheren Mehrheiten zu arbeiten? Das wäre nicht nur anstrengend gewesen, es hätte auch die Gefahr mit sich gebracht, dass wir linke Politikvorstellungen nur sehr schwer durchsetzen können. So haben wir uns für die Zusammenarbeit mit der SPD entschieden. Inhaltlich gab es ohnehin die meisten Übereinstimmungen mit den Sozialdemokraten. Und wir sind damit gut gefahren.

Inwiefern?

Axel Krumrey: Wir haben viele wichtige Vorhaben, die für uns wichtig waren, durchsetzen können. Als Beispiele möchte ich hier nur die Ausweitung der Kulturförderung für die Schwedter Bühnen, das Preußische Kammerorchester, die

Musikschulen des Landkreises oder das Multikulturelle Centrum Tempelin nennen.

Heiko Poppe: Und wir konnten uns mit der SPD darauf einigen, die Kreisumlage zu senken, um die Kommunen des Landkreises finanziell zu entlasten. Das war mir sehr wichtig, um den finanziellen Handlungsspielraum vor Ort in den Städten und Dörfern ausbauen zu können.

Die Wähler haben das nicht anerkannt und den Landrat, der all diese Wohltaten mit durchgesetzt hat, abgewählt. Was nun?

Gerhard Rohne: Ich glaube nicht, dass die Wähler ihn abgewählt haben, weil er die Kulturförderung ausgebaut oder die Kommunen finanziell entlastet haben. Das hatte andere Gründe. Die Haltung zur Kreisgebietsreform vielleicht, die er zunächst wollte und vielleicht zu spät abgelehnt hatte. Oder vielleicht bestimmte personelle Entscheidungen innerhalb der Verwaltung. Ich will da aber nicht spekulieren. Die Dinge sind wie sie sind und wir müssen uns darauf einstellen.

Heißt das, Sie beenden die verlässliche Zusammenarbeit mit der SPD, weil diese nun den Landrat nicht mehr stellt?

Heiko Poppe: Warum sollten wir das tun? Dafür gibt es keinen

Grund. Die politische Arbeit im Kreistag hängt doch nicht allein davon ab, wer gerade Landrat ist. Wir haben gut mit der SPD zusammengearbeitet und das werden wir künftig tun. Im übrigen haben wir auch der CDU eine sachliche Zusammenarbeit angeboten. Die Themen, an denen wir arbeiten, die Probleme, die wir zu lösen haben, haben sich ja nicht geändert. Und auch die neue Landrätin, so sagte sie es zumindest, sieht in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, im Ausbau der digitalen Netze und im Erhalt und dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ihre wichtigsten Aufgaben. Das ist nicht anders, als auch wir die Problemlagen in der Region sehen.

Und über die Wege, diese Probleme anzugehen, werden wir sicherlich streiten. Wir setzen uns aber für eine sachliche und ergebnisorientierte Debatte ein. Unser Angebot einer sachlichen und ergebnisorientierten Zusammenarbeit im Kreistag gilt für alle demokratischen Parteien, die in diesem Gremium vertreten sind, also auch für die CDU, die die Landrätin stellt.

Axel Krumrey: Die Landrätin Karina Dörk hatte auch unsere Fraktion besucht. Wir haben mit ihr eine mögliche sachliche Zusammenarbeit besprochen und sie hat durchblicken lassen, dass sie eine solche Zusammenarbeit wünscht. Unsere Hand ist gegenüber der Landrätin ausgestreckt. Zumal sie, wie ich

denke, in ihren inhaltlichen Vorstellungen gar nicht so weit von uns entfernt ist.

Gibt es denn eine rote Linie für Sie, wo sie sagen, an dieser Stelle hört eine Zusammenarbeit auf?

Gerhard Rohne: Ganz gewiss gibt es diese rote Linie. Im Kreistag verläuft sie für uns beispielsweise bei der Struktur der kommunalen Unternehmen. Würde jetzt jemand kommen und sagen: Wir privatisieren unsere Unternehmen jetzt, dann würden wir sagen: Nicht mit uns. Das wäre dann für uns keine Basis mehr für eine wie auch immer gearbete Zusammenarbeit. Ich sehe aber keine politische Kraft im Kreistag, die gegenwärtig eine Privatisierung unserer kommunalen Unternehmen erwäge.

Ihr Verhältnis zur CDU-Fraktion war in der Vergangenheit problematisch. Wollen Sie das ändern?

Heiko Poppe: Ach ja, einige Mitglieder der CDU-Fraktion schienen manchmal mehr auf Krawall gebürstet als an einer sachlichen Auseinandersetzung interessiert zu sein. Wir müssen sehen, mit welchem Personal die CDU im neuen Kreistag antreten wird. Selbstverständlich arbeiten wir auch mit einer CDU-Fraktion, die an einer guten Zusammenarbeit interessiert ist, gern zusammen.

„Ich will die Wahrheit durchsetzen“

Monika Thomas will mitgestalten. Schon immer. Das gilt auch für ihr Leben in Gerswalde.

Sie ist eine von hier. Ihr Lebensweg führte sie von Groß Dölln, wo sie aufwuchs über Berlin, wo sie viele Jahrzehnte arbeitete, zurück in die Uckermark, nach Gerswalde, wo sie im Ruhestand lebt, der für sie eher ein Unruhestand ist.

Ihr Lebenslauf liest sich wie eine DDR-Bilderbuchkarriere. Einschulung in die Dorfschule Kurtschlag, Mitglied in der Pionierorganisation, bald schon Gruppenratsvorsitzende, später in der FDJ-Leitung der Klasse. „Es war der Schulleiter von Kurtschlag, der mich auf den Weg gebracht hat, mir erste politischen und gesellschaftlichen Aufgaben anvertraut hat“, erinnert sie sich. Nach dem Abitur Ausbildung zur Pionierleiterin und Unterstufenlehrerin, Kandidatur für und Aufnahme in die SED, Arbeit als Pionierleiterin in Berlin, Besuch der Bezirksparteihschule, der Parteihochschule, Arbeit in der SED-Kreisleitung Friedrichshain. Bis Ende der 1980er Jahre. 1988 dann Wechsel in die Akademie für Gesellschaftswissenschaften der DDR. Dann kam die Wende. Und die traf sie, ihr Lebenslauf legt das nahe, hart.

„Ich hatte die letzten Jahre der DDR als Jahre des Zweifels erlebt, als eine Zeit, in der ich nicht mehr recht wusste, wie ehrlich und laut man die Probleme, die wir ja alle sahen, benennen kann“, erinnert sie sich. Sie gehörte zu denen, die den Reformkurs unter Gorbatschow in der Sowjetunion begrüßte und darauf hoffte, das möge auch in der DDR geschehen. Aber trotz aller Probleme stellte sie das System nicht in Frage: „Ich war und bin überzeugt, dass die Idee von einer gerechteren und sozialeren Welt richtig ist. Nur der Weg dorthin, das ist rückblickend für mich die Erfahrung dieser Jahre, war es nicht.“

Monika Thomas blieb der Partei treu und arbeitete 1990 als Mitarbeiterin im PDS-Parteivorstand.

„Man musste doch dagegen halten gegen den Kapitalismus, wie wir ihn dann erlebten. Ich kann nicht aufhören, mich dafür einzusetzen, dass die Wahrheit sich durchsetzt“, sagt sie.

Auch für ihre berufliche Zukunft war die Wende ein einschneidendes Erlebnis, alles stand auf dem Prüfstand. Monika Thomas begann noch einmal zu studieren, Umweltpädagogik. Sie arbeitete für WWF,



Im Porträt: Monika Thomas, Kommunalpolitikerin

für den sie Kalender und Kataloge anfertigte. Ihre wichtigste berufliche Erfahrung in den 1990er Jahren war jedoch eine andere: Sie arbeitete von 1992 bis 1997 als Leiterin eines Asylbewerberheims in Berlin-Hohenschönhausen.

„Das waren prägende Jahre für mich. Ich habe in dieser

Zeit gelernt, dass es wichtig ist, allen Menschen lebenswerte Lebensbedingungen zu geben. Ich fühlte mich in meiner Arbeit für die Flüchtlinge in meinen Grundauffassungen bestätigt“, sagt sie. Mit diesen Erfahrungen ausgerüstet, engagierte sie sich auch 2015, sie wohnte nun schon viele Jahre in Gerswalde, wohin sie Ende der 1990er Jahre gezogen war, für die Integration der syrischen Kriegsflüchtlinge in die Gemeinde. „Ich habe mich von Anfang an dafür eingesetzt, dass sie in Gerswalde betreut werden. Wir konnten zwei Frauen gewinnen, die sich um die Flüchtlingsfamilien gekümmert haben. Das hat hier in Gerswalde gut funktioniert“, sagt sie.

Monika Thomas trat kurze Zeit nach ihrem Umzug nach Gerswalde in den Wasserburgverein ein, in dem sie aktiv ist. Später ging sie auch in die Gemeindevertretung. „Es war der CDU-Mann Adolf-Heinrich von Arnim, der mich gebeten hatte, zu kandidieren. Die Gemeinde brauche solche Menschen wie mich, sagte er damals. Später, als er wusste, dass ich bei den Linken, damals noch PDS, bin, sagte er mir: ‚Frau Thomas, ich finde Sie gut, aber nehmen sie es mir nicht übel. Wählen kann ich sie nicht.‘ Ich nahm es ihm nicht übel. Niemand kann aus seiner Haut heraus.“ Und auch nicht aus seinen politischen Überzeugungen. Monika Thomas ist diesen immer treu geblieben. Und ihrem Lebensmotto, dass sie verändern will, gestalten will. Für eine bessere, sozialere Welt. Dafür, dass die Wahrheit, wie sie sie kennt, sich durchsetzt.

Sie engagieren sich im Ehrenamt politisch für eine lebenswerte Uckermark

Evelin Wenzel, Gartz (Oder)

Sie ist eine Kämpferin, wo andere aufgegeben haben, kämpft sie weiter.

Es war zunächst eine ganz persönliche Betroffenheit, die Evelyn Wenzel in die Politik führte. Als ihr drittes Kind 1999 geboren wurde, stellte sich heraus, dass dieses geistig behindert ist. Das bedeutete für sie eine komplette Lebensumstellung. Jobaufgabe, um für das Kind da zu sein. Und kämpfen, um dem Kind eine bestmögliche Zukunft zu sichern. „Und das war und ist alles andere als einfach“, sagt die Gartzerin. „Ich kann aus eigener Betroffenheit über

die mit der Hartz-Vier-Arbeitsmarktpolitik verbundenen Verwerfungen und Härten reden“, sagt sie. Sie weiß aus eigener Erfahrung, wie schwierig es war und ist, ihre Rechte für sich und ihr behindertes Kind durchzusetzen, bis hin zur Schülerbeförderung: Ihr Kind geht heute noch 6.30 Uhr aus dem Haus, um um 8 Uhr in Schwedt in der Schule sein zu können. Von Gartz bis Schwedt sind es 20 Kilometer. Evelin Wenzel hat gekämpft, sie hat sich für die Kinder- und Jugendarbeit engagiert, war Vorsitzende im Gartzter Schulverein, ist Vorsitzende im Schulförderverein der Schwedter Schule im Odertal mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, an die ihr Sohn jetzt geht. 2004 trat sie den LINKEN

bei, seit 2009 engagiert sie sich in der Stadtverordnetenversammlung Gartz und seit 2014 auch im Uckermark-Kreistag.



Evelin Wenzel

„Vor allem die Kinder- und Jugendarbeit ist mein Thema. Ich arbeite auch im Jugendhilfeausschuss mit“, berichtet sie. Zu ihren Zielen gehört, die Bildungsangebote im ländlichen Raum zu verbessern. Dabei hat sie natürlich auch die Gartzter Schule im Blick. Diese war in den 1990er Jahren landesweit bekannt geworden, als durch die Aufnahme von polnischen Schülern hier sogar wieder ein Abiturlehrgang eingerichtet werden konnte. Das ist mittlerweile lange Geschichte. Durch die trotz-

dem sinkenden Schülerzahlen wurde zunächst der Abiturlehrgang wieder abgeschafft - die polnischen Schüler kamen nach Schwedt. Später kam auch die Sekundarstufe I unter den Hammer. Heute ist die Gartzter Schule nur noch eine Grundschule. Evelin Wenzel hat sich dafür stark gemacht, dass die sanierungsbedürftige Schule instandgesetzt wird. Das soll nun geschehen. Mittlerweile werden auch wieder Stimmen laut, die die Eröffnung einer Oberschule in Gartz fordern. „Das habe ich im Hinterkopf. Es hat einen langen Atem gebraucht, um überhaupt zu erreichen, dass das Gebäude saniert wird. Die Eröffnung einer Oberschule braucht einen noch viel längeren Atem, so dass sie nicht das Gebot der Stunde sein kann. Aber ich habe gelernt zu kämpfen“, sagt sie. Kämpfen wo andere längst aufgegeben haben, Kämpfen, vielleicht auch hinfallen, aber aufstehen und weiterkämpfen, das ist ihr Motto.

Günter Tattenberg, Templin

Jeder Politiker sollte das sagen, was er auch meint. Und er sollte auch jederzeit zu seinem Wort stehen.

Von diesem Motto lässt Günter Tattenberg sich in seiner politischen Arbeit leiten. Seit 1978 in der SED politisch aktiv, hat er der linken Idee auch nach der Wende nicht abgeschworen. „Ich hielt und halte die Vision von einer Gesellschaft, in der alle gleichberechtigt die gleichen Chancen haben, nach wie vor für

eine gute Idee, die ich auch unter den neuen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen hoch halten möchte. Die Umsetzung dieser Idee, wie sie in der DDR versucht wurde, war falsch, nicht aber die Idee“, ist er überzeugt. Seit 2014 engagiert er sich im Uckermark-Kreistag für die LINKEN. „Das ist nicht immer einfach. Ich arbeite als Freiberufler im Tourismusgewerbe. Das nimmt unheimlich viel Zeit in Anspruch. Zugleich fordert auch die Kreistagsarbeit, wenn ich sie ernst nehmen will, und ich nehme sie ernst, ein großes und ebenfalls zeitaufwendiges Engagement“, sagt er. Dennoch will er auch in der Zukunft Politik im Kreistag mitgestalten. „Und das hat mehre-

re Gründe. Zum einen sind wir nicht mehr so viele Mitglieder im Ortsverband Templin, so dass ich mich, wenn ich in der Partei aktiv sein möchte, auch für die Kreistagsarbeit zur Verfügung stelle. Zum zweiten hilft mir die Arbeit im Kreistag, meinen Horizont zu erweitern, über den Tellerrand Templin und Umgebung hinauszuschauen. Durch die Arbeit im Kreistag erlange ich einen Überblick über die gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Prozesse im gesamten Landkreis. Und das finde ich gut“, sagt er. „Und zum dritten habe ich die Erfahrung gemacht, dass ich in der Kommunalpolitik wirklich etwas bewegen, etwas im Sinne der Linken



Günter Tattenberg

verändern kann. Und das tut gut“, fügt er hinzu. Zu den Themen, mit denen er sich im Kreistag auseinandersetzt, gehören die Tourismusförderung, beispielsweise der Ausbau der touristischen Infrastruktur, wie der Radwege. „Da haben wir in den letzten Jahren einiges erreicht, wenn wir auch lange noch nicht so leistungsfähig sind wie andere Regionen. Aber immerhin, die Infrastruktur hat sich verbessert“, stellt er fest. Aber auch die sozialen Probleme der Region stehen auf seiner Agenda. So setzt er sich beispielsweise für die Förderung des Templiner Brotkorbes, so nennt sich die Tafel für Bedürftige in der Perle der Uckermark, ein. Und dass die Linken gemeinsam mit der SPD in der gegenwärtigen Wahlperiode die Kulturförderung deutlich ausbauen und auch wieder eine dauerhafte Förderung für das Templiner Multikulturelle Centrum erreichen konnten, macht ihn stolz.

Axel Krumrey, Prenzlau

Mitmachen ist besser als Zuschauen. Wer zuschaut, kann nichts ändern.

Und Axel Krumrey ist jemand, der sich in vielen Dingen engagiert. Liest man sich die Liste seiner Ämter und Ehrenämter durch, drängt sich die Frage auf, wie der Mann das schafft, zumal der Tag nur 24 Stunden hat. Axel Krumrey ist ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Randowtal, Mitglied im Uckermark-Kreistag, Mitglied im Aufsichtsrat der kommunalen Krankenhausgesellschaft „Gesellschaft

für Leben und Gesundheit“ (GLG). Und er ist seit jüngstem als Regionalrat tätig. Und für seinen Beruf muss er sogar noch pendeln. Axel Krumrey arbeitet als Referent in der Geschäftsführung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

„Letztlich ist es eine Frage der eigenen Organisation. Und warum soll man ohnmächtig gegenüber den Entscheidungen anderer sein, wenn man das Heft des Handelns auch selbst in die Hand nehmen kann“, beschreibt er das Motiv, das ihn dabei antreibt. „Und Entscheidungen auf kommunaler Ebene, die etwas verändern, sind möglich.“ Aber auch ein privates Motiv spielt für ihn eine Rolle. „Ich möchte, dass die Uckermark für Verwandte und Freunde

lebenswert ist.“ Auch deshalb ist er bestrebt, an den Rahmenbedingungen dafür aktiv mitzuwirken.



Axel Krumrey

Axel Krumrey gehört mit seinen 36 Jahren zu den jüngeren Genossen der LINKEN. Und die Arbeit mit jungen Leuten ist für ihn wichtig. „Ich bin bestrebt, bei jungen Menschen das Interesse für Politik zu wecken, ihnen zu zeigen, dass es sich lohnt, sich für Veränderungen einzusetzen“, sagt er. „Und auch junge Menschen können Verantwortung übernehmen und daran reifen“, ist er überzeugt. Die LINKE ist schon immer seine politische Heimat. „Gerechtigkeit ist mein Thema. Und dafür steht die LINKE wie keine

andere Partei“, stellt er fest. Er ist besorgt über den derzeitigen Wandel in der gesellschaftspolitischen Diskussion, den er für gefährlich hält. „Ich erlebe immer mehr Menschen, die Angst haben vor der Zukunft, die ihre Positionen deshalb aus einem Bauchgefühl heraus bestimmen und die Fakten ignorieren. Dieser Entwicklung will ich entgegenwirken.“ Ein Rechtsruck, wie er gegenwärtig drohe, passe nicht zu einer offenen und lebendigen Uckermark. „Das war schon immer so und deshalb habe ich mich schon immer gegen rechtsradikale Einstellungen und Entwicklungen gewandt“, versichert Axel Krumrey. Auch das führte ihn schon als sehr jungen Menschen in die Politik. So arbeitet er bereits seit zehn Jahren für die LINKE im Uckermark-Kreistag und gehört damit zu den dienstältesten Mitgliedern dieses Gremiums. „Und dort will ich mich auch weiter einbringen.“

Reiner Prodöhl, Schwedt

Man kann über alles reden. Reden ist besser, als sich die Köpfe einzuschlagen, meint Reiner Prodöhl.

Er ist jemand, der in der kommunalen Arbeit die Zusammenarbeit und den Ausgleich mit den Fraktionen anderer Parteien sucht. „Man muss gerade auf der kommunalen Ebene, wenn es um Sachthemen geht, Kompromisse aushandeln. Wichtig ist dabei aber, dass immer auch die Position der Linken dabei vertreten ist“, ist er überzeugt. Die Posi-

tion der Linken, das ist für ihn der Einsatz für soziale Gerechtigkeit. „Ich bin der Überzeugung, dass alle Menschen gleichberechtigt Chancen auf Bildung, Beruf, Ernährung und Freizeitgestaltung haben sollen, unabhängig vom Geldbeutel. Es ist das Thema soziale Gerechtigkeit, das mich umtreibt“, erklärt er seine Motivation, sich bei den LINKEN politisch zu engagieren. Die Erfahrung, was das für die kommunale Arbeit auf Stadt- und Kreisebene bedeutet, hat er bereits machen können. Reiner Prodöhl ist seit 2014 Fraktionsmitglied der LINKEN im Uckermark-Kreistag und arbeitet seit 2009 für die LINKEN im Schwedter Stadtparlament. „Es sind die kleinen Schritte, die wir hier

gehen können, aber auch das ist besser, als würden wir gar keine Schritte gehen“, ist er überzeugt.



Reiner Prodöhl

Es sind vor allem wirtschaftliche Themen, die er als Mitglied im Ausschuss für Regionalentwicklung des Kreistages voranbringen will. „So haben wir uns für eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs eingesetzt, um die Mobilität für die Menschen in der Uckermark zu verbessern. Ich stehe grundsätzlich für eine Stärkung der kommunalen oder kreiseigenen Unternehmen ein. Denn bestimmte Aufgaben der Daseinsvorsorge sollten nicht der Privatwirtschaft obliegen, sondern unter öffentlicher Kontrolle bleiben“, sagt er

. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Politik, in der Uckermark sieht Reiner Prodöhl die Digitalisierung. „So lange es noch weiße Flecken in der Region gibt, und es gibt noch viel zu viele davon, können wir nicht zufrieden sein. Unser Ziel muss die flächendeckende Versorgung der Region mit hochleistungsfähigen Internetverbindungen, auch und gerade für den ländlichen Raum sein. Gelingt es uns nicht, auch die Dörfer der Uckermark an das Datennetz anzubinden, wird die Kluft zwischen Stadt und Land noch größer. Und das gilt es zu verhindern.“ Denn gerade für den ländlichen Raum eröffnet die Digitalisierung, wenn sie denn erfolgt, völlig neue Entwicklungsperspektiven. Gerade junge Existenzgründer und Kreative, die die Schönheit der Region für sich entdeckt haben, sind bereit, sich hier niederzulassen und Familien zu gründen, wenn denn das Internet stimmt.

Endlich mehr Geld in der Kreiskasse – Aber wie sinnvoll einsetzen?

Der Landkreis Uckermark hat seine Finanzen saniert. Jetzt kann er endlich auch die Kommunen entlasten.

Es braucht einen Blick in die Vergangenheit, um zu verstehen, in welcher grundsätzlich besseren Lage sich der Landkreis gegenwärtig befindet: Es begann in den 1990er Jahren mit einem unseligen Streit zwischen der Stadt Schwedt und dem Landkreis Uckermark, wer die Kosten für das Schwedter Jugendamt zu tragen habe. Die Stadt Schwedt hatte als ehemalige kreiseigene Stadt diese Aufgabe per Landtagsbeschluss behalten. Allerdings hatte das Land damals verabsäumt, die Finanzierung dieser Aufgabe zu regeln. Es entstand die absurde Situation, dass der Landkreis zwar das Geld für die Jugendarbeit in der gesamten Uckermark erhielt, diese aber für die Stadt Schwedt nicht leistete. Schwedt forderte damals Geld vom Landkreis. Dieser lehnte ab. Es entstand ein jahrelanger kommunaler Streit, der sowohl die Stimmung im Landkreis vergiftete, als auch letztendlich riesige Löcher sowohl in die Kasse der Stadt Schwedt als auch des Landkreises riss. Das alles ist längst Geschichte, der Landkreis hat viele Jahre schon die Verantwortung für die Jugendarbeit auch in Schwedt übernommen. Die Stadt Schwedt kam damals durch die Privatisierung ihres kommunalen Krankenhauses aus der finanziellen Bredouille. Der Landkreis laborierte bis in die jüngste Vergangenheit an den Folgen.

Dass die Uckermark sich dennoch eine im Vergleich zu anderen Landkreisen enorm hohe Kulturförderung leistete – sowohl die Uckermärkischen Bühnen als auch das Preußische Kammerorchester erhielten Jahr für Jahr eine Finanz-



Geld ist nicht alles. Aber ohne Geld ist alles nichts. Die Uckermark kann sich über die Sanierung ihrer Finanzen freuen. Und der Landkreis entlastet auch die Kommunen, indem er die Kreisumlage senkt.

spritze von jeweils einer halben Million Euro aus der Kreiskasse – war nur durch den gemeinsamen politischen Willen aller Fraktionen im Uckermark-Kreistag möglich. „Nun hat sich der finanzielle Konsolidierungskurs, der mit dem Amtsantritt des Landrates Dietmar

Schulze eingeleitet wurde, aber ausgezahlt. Der Landkreis steht super da. Wir konnten sogar die Kulturförderung noch ausweiten und beispielsweise das Templiner Multikulturelle Centrum wieder mit einer ständigen Förderung ausstatten“, freut sich der Fraktionsvorsitzende

der LINKEN Gerhard Rohne. Diese Wohltaten waren entscheidend für die weitere Existenz dieser Kulturinstitutionen. Insbesondere das MKC stand vor einem finanziellen Desaster, da die Instrumente der Arbeitsmarktförderung, über die die Einrichtung über viele Jahre hinweg einen guten Teil ihres Personals finanzieren konnte, nicht mehr zur Verfügung standen.

Das Geld dafür ist vorhanden. Und es geschah noch mehr. Etwas, woran vor zehn Jahren wohl keine der uckermärkischen Kommunen, die es damals gewohnt waren, dass der Kreis von Jahr zu Jahr durch immer höhere Kreisumlagen immer stärker in ihre Kassen griff, wohl nicht im Traum zu glauben wagte: Der Landkreis senkt die Kreisumlage. Und das sogar mehrfach. Für das Jahr 2018 war sie bereits gesenkt worden. Und: Als in diesem Jahr bekannt wurde, dass die Kommunen im Rahmen des brandenburgischen Nachtragshaushaltes deutlich höhere Schlüsselzuweisungen als ursprünglich geplant erhalten (auch der Landeskasse geht es offensichtlich gut), forderte die Linke in einem Antrag an den Kreistag, dass diese zusätzlichen Schlüsselzuweisungen nicht in die Berechnung der Kreisumlage einfließen dürfen (der Kreis bedient sich prozentual an den Einnahmen der Kommunen). Sprich: Die Mehreinnahmen der Kommunen würden ihnen in vollem Umfang zugute kommen. Die Kreisumlage daher weiter sinken. „Der Kreistag folgte unserem Antrag fraktionsübergreifend“, erinnert sich Gerhard Rohne. „Das war ein wirklich positives Beispiel für eine gelungene fraktionsübergreifende Einigung, mit der der gesamte Kreistag gezeigt hat, dass der Landkreis sein Versprechen wahr machen würde, auch die Kommunen finanziell besserzustellen, wenn der Kreis in der Lage ist, seine Aufgaben ausreichend vor dem Hintergrund eines ausgeglichenen Haushaltes wahrzunehmen“, ist er überzeugt. Für die Kommunen bedeutet das mehr Handlungsfreiheit.

„Die Kinder sind unser größter Schatz“

Tamara Gericke hat sich der Arbeit mit Jugendlichen und Kindern verschrieben. Dieses Thema will sie im Kreistag bewegen.

Die Sozialpädagogin weiß, wovon sie spricht, wenn sie größere Anstrengungen in der Kinder- und Jugendarbeit einfordert. „Wir erleben gegenwärtig, dass die Zahl bildungsferner Kinder wächst, mit allen Problemen, die daraus resultieren. Die Zahl der Fälle, in denen das Jugendamt helfen muss, weil Familien allein mit ihren Kindern nicht mehr klarkommen steigt stetig an, auch in der Uckermark. Das hat etwas mit den sozialen Verwerfungen zu tun, die durch Langzeitarbeitslosigkeit und die in sozialer Hinsicht oftmals nicht nur wirkungslosen, sondern sogar schädlichen Hartz-IV-Regelungen zu tun. Wir brauchen moderne und leistungsfähige Angebote in der offenen Kinder- und Jugendarbeit“, sagt sie. Beispielsweise will sie erreichen, dass wirklich jede Schule in der Uckermark einen Schulsozialarbeiter hat, „und ich meine wirklich jede Schule. Das gilt auch für die Gymnasien. Denn auch dort gibt es Probleme, für deren Lösung es Schulsozialarbeiter braucht.“ Bislang sind nicht an allen Schulen der Region Schulsozialarbeiter beschäftigt. Das sei eine Praxis, die geändert werden müsse.

Sie hat die Entwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit der Uckermark von Anfang an hautnah erlebt. Nach einem Einsatz im Asylbewerberheim Wartin Anfang der 1990er Jahre, war sie für die Regionalstelle für Ausländerfragen (RAA) in Angermünde tätig. Von 1999 bis 2009 arbeitete sie in Prenzlau bei der IG Frauen im Haus des Kindes. Sie baute damals das sogenannte Jugendrechtshaus auf, eine Ein-



Tamara Gericke will sich für eine bessere Kinder- und Jugendarbeit in der Region einsetzen.

richtung, in der sie mit auffälligen Jugendlichen arbeitet. „Es ging damals um Gewaltprävention, um Beratungsangebote für Eltern, die mit ihren gewaltbereiten Kindern nicht mehr klarkamen. Wir haben Streitschlichter ausgebildet, Projekte in den Schulen gegen Gewalt initiiert und bei extremen Problemfällen in den Schulen geholfen“, erinnert sie sich. Vor neun Jahren verlegte sie den Schwerpunkt dieser Arbeit nach Templin, wo sie als Teamleiter für Kinder- und Jugendarbeit tätig ist, die offene Kinder- und Jugendarbeit begleitet und sich auch als Demokratie- und Toleranzbeauftragte um die Belange der Flüchtlinge und Migranten kümmert.

Denn Hilfe für Migranten ist ein weiteres Thema, für das sie brennt. „Die Vorurteile gegen Fremde sind nach wie vor tief verankert in der Gesellschaft. Es bedarf eines großen Engagements, um eine wirkliche Integration von Flüchtlingen zu erreichen“, sagt sie. „Es gibt viele wertvolle Initiativen und Projekte in der Region, die sich für Integration einsetzen. Wir müssen jedoch erreichen, dass sie sich untereinander vernetzen, denn nur so können

wir erfolgreich sein“, fügt Tamara Gericke hinzu.

Angesichts der gegenwärtigen politischen Entwicklungen, die mit einem Erstarren der AFD einhergehen, sieht sie die Demokratie in Deutschland gefährdet. „Um rechte Entwicklungen zu bekämpfen braucht es ein parteiübergreifendes Zusammenstehen aller demokratischen Parteien, auch und gerade auf der kommunalen Ebene. Dafür will ich mich einsetzen“, versichert sie. Und diese Arbeit beginnt mit Kindern und Jugendlichen. Tamara Gericke sieht gerade in der offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht nur einen wachsenden personellen Bedarf, auch die Qualität der Angebote müsse deutlich verbessert werden, wenn sie den Interessen der Kinder und Jugendlichen überhaupt noch entsprechen soll.

„Gerade durch die Digitalisierung haben sich die Interessen deutlich verschoben. Bei einer Umfrage in Schwedt haben Jugendliche erklärt, ihr Lieblingstreffpunkt ist das Oder-Center. Aus einem einzigen Grund: Dort gibt es ein leistungsfähiges offenes W-LAN, so dass die Kids ungebremst mit ihren Smart-

phones im Internet surfen und die sozialen Netzwerke bedienen können. Auf solche Entwicklungen müssen wir uns auch in der Kinder- und Jugendarbeit einstellen. Ein Jugendklub ohne W-LAN findet heutzutage keine Akzeptanz mehr. Und was nützen uns unsere tollen Jugendklubs, wenn keinere mehr hingehet?“

Deshalb sollte die Kinder- und Jugendarbeit in der gesamten Uckermark evaluiert werden, fordert sie. „Das hat zum letzten Mal vor vielen Jahren stattgefunden. Ich bin der Meinung, wir brauchen die Einschätzung und Beratung externer Fachleute, damit wir unsere Angebote so ausrichten können, dass sie wirklich den Interessen der nachwachsenden Generation entsprechen.“ Denn der Bedarf an Hilfe und Unterstützung für Jugendliche ist angesichts der Risiken und Gefahren, die auch mit der Digitalisierung verbunden sind, größer geworden. „Wir können die Kinder und Jugendlichen mit den Möglichkeiten, aber auch mit den Risiken der digitalen Entwicklung nicht allein lassen Sie brauchen unsere Hilfe“, ist Tamara Gericke überzeugt.

Die Arbeitslosigkeit sinkt. Auch in der Uckermark – Alles gut?

Vor 20 Jahren kratzten die Arbeitslosenzahlen in der Uckermark an der 30-Prozent-Grenze. Jetzt sinkt sie unter zehn Prozent. Aber das ist kein Grund zur Entwarnung.

Wir sprachen darüber mit Heiko Poppe, Mitglied des Kreistages Uckermark.

Herr Poppe, die Statistik liest sich doch im Vergleich zu dem, wie es vor 20 Jahren war, regelrecht berauschend. Noch nie seit der Wende war die Arbeitslosigkeit so gering wie jetzt.

Die gute Konjunktur in Deutschland zeigt natürlich auch in der Uckermark ihre Wirkung, die Arbeitslosigkeit ist in der Tat deutlich zurückgegangen. Es gilt allerdings auch: der Abstand zum Landesdurchschnitt ist jedoch weitgehend konstant geblieben. Die Lage hat sich verbessert, aber ein Aufholprozess zu den leistungsfähigeren Regionen Brandenburgs ist uns nicht gelungen. Die Uckermark ist im Vergleich zu anderen Regionen Brandenburgs immer noch überdurchschnittlich hoch von der Arbeitslosigkeit betroffen. Zudem, und das wiegt noch schwerer, leidet die Uckermark an einer Langzeitarbeitslosigkeit, die sich immer mehr verfestigt. Es fällt immer schwerer, Menschen, die seit vielen Jahren, oftmals seit Jahrzehnten, arbeitslos sind, in den Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Auf der anderen Seite jammern die Firmen über Fachkräftemangel. Welch ein Paradoxon.

In der Tat. Dem gegenüber steht ein zunehmender Mangel an Fachkräften. Aber dieser lässt sich eben nicht aus den vielen Erwerbslosen ausgleichen lässt. Denn je länger die Erwerbslosigkeit dauert, desto



Dieses Instrument hat sich untauglich erwiesen für das Ziel, für das es angetreten war: Fordern und Fördern. Statt zu fördern hat es die Langzeitarbeitslosigkeit mit all ihren negativen Auswirkungen verstetigt.

schwerer sind die Betroffenen wieder in Arbeit vermittelbar.

Offensichtlich braucht es besondere Förderprogramme, um Menschen, die lange Zeit arbeitslos waren, wieder für das Arbeitsleben fit zu machen.

So ist es. Doch auch hier stoßen wir an Grenzen. Das Jobcenter versucht seit Jahren auf diese Situation angemessen zu reagieren, die „Regelinstrumente“ des Sozialgesetzbuches (SGB) II sind dafür aber nur bedingt geeignet. Das Jobcenter hat viele spezielle Förderprogramme der Bundesregierung genutzt und ausprobiert, mit wechselndem Erfolg. Einige davon haben inzwischen Einzug ins Gesetz gefunden, andere Maßnahmen brechen nach der Förderung ersatzlos ab. Funktionierende Lösungsansätze sind aber nur langfristige Maßnahmen, die nicht in Förderperioden gedacht werden. Viele Probleme bleiben da-

mit ungelöst, das vom SGB II beschriebene „Fördern und Fordern“ trägt nicht zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Gleichfalls Besorgnis erregend ist die Situation bei Jugendlichen: Die eh schon zu wenigen Ausbildungsplätze bleiben zum Teil unbesetzt, insbesondere Handwerksbetriebe finden keine Leute, erwerbslose Jugendliche gelten dagegen als schwer vermittelbar.

Das heißt, dass Hartz IV offensichtlich gescheitert ist?

Ja. Hartz IV hilft nicht gegen Arbeitslosigkeit, sondern schafft neue Probleme. In einem reichen Land wie Deutschland muss es Tafeln und Schuldnerberatungsstellen geben, die als Unterstützung für von Armut betroffene Menschen notwendig sind. Diese Einrichtungen müssen wiederum vom Landkreis finanziell unterstützt werden, diese Arbeit ist rein ehrenamtlich nicht zu leisten. Betroffene ziehen sich

zurück, werden von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Im übrigen hat das ja nun selbst die SPD erkannt, die Hartz IV lange Jahre als ihre Erfolgsstory gefeiert hat. Ich hoffe nur, dass sie sich nicht nur wegen der schlechten Wahlergebnisse davon verabschieden will, sondern aus echter Erkenntnis, dass es gescheitert ist.

Impressum

„linksum“ ist eine Zeitung der Kreistagsfraktion DIE LINKE Uckermark.

Herausgeber:

DIE LINKE, Fraktion im Kreistag Uckermark, Karl-Marx-Straße 1, 17291 Prenzlau
v.i.S.d.P.: Gerhard Rohne

Redaktion:

Heiko Poppe, Axel Krumrey
Fotos: „linksum“, Udo Krause
mail: info@dielinke-uckermark.de